

Einwohnerantrag für „reines Wohngebiet“

Rheinbreitbacher Initiative bemüht sich um Änderung des Bebauungsplans Obere Rheinblickstraße

RHEINBREITBACH. Die Initiative immissionsarmes Wohnen Rheinbreitbach hat bei der Gemeinde einen Einwohnerantrag gegen den Entwurf des Bebauungsplans Obere Rheinblickstraße eingereicht. Mit mehr als 200 Unterschriften verlangt die Initiative, dass das als „allgemeines Wohngebiet“ (WA) ausgewiesene Areal in ein „reines Wohngebiet“ (WR) umgewandelt wird. So sollen künftige Konflikte wie der Streit um den Sendemast des Mobilfunkbetreibers O2 künftig vermieden werden. In einem reinen Wohngebiet sind derartige Anlagen nur nach einem besonderen

Genehmigungsverfahren zulässig.

Die Initiative begründet ihren Antrag damit, bei der oberen Rheinblickstraße handele es sich um ein über Jahrzehnte gewachsenes, faktisch reines Wohngebiet. In der Begründung zum Bebauungsplan betone selbst das Bauamt der Verbandsgemeinde Unkel den „hohen Wohnwert“ sowie „die landschaftliche Eigenart und Schönheit für Zwecke des Langzeit- und Kurzurlaubs (Schutzzweck)“. Dies ergibt sich nicht nur durch die exponierte Hanglage, sondern auch durch das bestehende, sehr ruhige Wohn-

umfeld. In einem allgemeinen Wohngebiet wären jedoch Einzelhandelsgeschäfte, Speise- und Schankwirtschaften, Gewerbe und nicht störende Handwerksbetriebe zulässig. Und – auch darauf weist die Initiative hin – Mobilfunkanlagen auf einfachen Bauantrag. Diese mögliche Entwicklung wollen die Unterzeichner mit ihrem Einwohnerantrag verhindern. Bei der Konzipierung des Bebauungsplans Rheinblickstraße sei ein Streit um Funkmasten noch nicht absehbar gewesen. Nun aber gebe es ein deutliches Votum der Rheinbreitbacher Bürger und aus etwa 90

Prozent der betroffenen Haushalte, den Plan entsprechend zu ändern.

Der Rheinbreitbacher Gemeinderat kommt am heutigen Montag zu einer Sitzung zusammen, in der das Thema Bebauungsplan bislang aber nicht auf der Tagesordnung steht. Die Initiative hofft nun aber dennoch auf eine Stellungnahme der Kommunalpolitiker. Mit dem Thema befasst ist ansonsten zunächst der Unkeler Stadtrat, der am Mittwoch, 30. Juni, im Rahmen der Behördenbeteiligung zur Sache gehört wird. Die Sitzung beginnt um 19 Uhr im alten Rathaus. (bal)